

Landtag fordert einstimmig: Wahlen zu den Ausländerbeiräten am 12.9.99 – am Tag der Kommunalwahlen

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

12. Wahlperiode

Drucksache 12/3571

7.12.1998

Antrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einheitlichen Wahltermin für die Ausländerbeiratswahlen 1999 ermöglichen

- I. Der Landtag NRW fordert die Kommunen in NRW auf, die Wahlen für die Ausländerbeiräte 1999 gleichzeitig mit den Kommunalwahlen am 12.9.1999 durchzuführen.

Der Landtag bittet die kommunalen Spitzenverbände, sich dieser Aufforderung anzuschließen und ihre Möglichkeiten zur Unterstützung und Realisierung dieses Anliegens auszuschöpfen.

- II. Der Landtag weiß um die organisatorischen Schwierigkeiten, die ein solcher Wahltermin für die Kommunen mit sich bringt. Gleichwohl hält er ein solches Zeichen für einen wichtigen Ausdruck der Bereitschaft zur Anerkennung der Belange der Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen.

Die Ausländerbeiräte sind derzeit das einzige durch Urwahl legitimierte Mitwirkungsorgan der Migrantinnen und Migranten aus Ländern außerhalb der EU: Ein gleichzeitiger Wahltermin mit den Kommunalwahlen signalisiert die Bereitschaft zur Akzeptanz dieses Interessenvertretungsorgans und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit in besonderer Weise.

Ein solcher Wahltermin würde es erheblich erleichtern, Motivationsarbeit für eine breite Beteiligung an dieser Wahl zu leisten. Außerdem ermöglicht ein gleichzeitiger Wahltermin eine bessere Einbeziehung der Mitglieder der Ausländerbeiräte in die Konstituierungsphase der neu gewählten kommunalen Parlamente.

AUS DEM INHALT:

Zukunft der
Ausländerbeiräte

Ausländerbeirat in
Düsseldorf

Schwerpunkt:
Warum
Beiratsmitglieder
aus EU-Ländern?

Gemeinsame
Erklärung
zur Unterschriften-
sammlung
der CDU

Aus den Gremien
der LAGA

Termine

Impressum

Februar 1999



Zukunft der Ausländerbeiräte

Für eine lange Zeit werden die Ausländerbeiräte als Gremien, die Querschnittsaufgaben für die Migrations- und Integrationspolitik in den Städten und Gemeinden zu erfüllen haben, ihre Existenzberechtigung nicht verlieren. Sie werden weiter für das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben der einheimischen und der zugewanderten Menschen ihre Aufgabe haben. Diese These vertrete ich seit Jahren, sie hat nichts von ihrer Richtigkeit verloren.

Davon unabhängig ist der Name „Ausländerbeirat“ nicht mehr zeitgemäß. Die LAGA hat schon vor 1½ Jahren die Diskussion über Namen, Zusammensetzung und Aufgabenstellung der Beiräte gegenüber Landtag und Landesregierung angestoßen. Doch eine Veränderung der Gemeindeordnung und damit auch des § 27 war vor den Kommunalwahlen politisch nicht gewollt. Das bedeutet, daß die LAGA und ihre Mitgliedsbeiräte auch in den nächsten Jahren mit den Gegebenheiten der Gemeindeordnung zurechtkommen muß. Unabhängig davon werden wir uns weiter für die Modernisierung einsetzen. Tatsache ist aber auch, daß die in diesem Jahr neu zu wählenden Beiräte die Möglichkeit haben, den grundsätzlich sehr weiten rechtlichen Handlungsrahmen auszuschöpfen. Denn unbestreitbar ist, daß die Beiräte die einzigen durch Gesetz und Urwahlen legitimierten Gremien zur politischen Interessenwahrnehmung in den Gemeinden sind und es zu ihnen keine Alternative gibt.

Ebenso ist aber immer wieder die Selbstverständlichkeit zu betonen, daß Ausländerbeiräte keine Alternative zum kommunalen Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten sind, daß ihre Existenz nichts mit erleichterter Einbürgerung und der damit verbundenen umfassenden politischen Mitwirkungsmöglichkeit zu tun hat.

Sie werden eine Ergänzung zu den vollen Partizipationsrechten der eingebürgerten Migrantinnen und Migranten und den kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten aus EU-Ländern sein, in denen die speziellen Interessen und Anliegen der Zugewanderten, die interkulturellen Inhalte des Zusammenlebens zwischen Minderheits- und

Mehrheitsgesellschaft behandelt werden.

Die LAGA fordert und hofft, daß bei den Kommunalwahlen sowohl eingebürgerte Migrantinnen und Migranten als auch nichtdeutsche EU-Bürger in die Stadträte gewählt werden. Doch diese können und sollen nicht ausschließlich als Experten für Migrationsfragen angesehen werden. Sicher werden sie entsprechend ihrer Herkunft und Sozialisation arbeiten. Aber sie sind wie alle anderen Ratsmitglieder ihrer Fraktion verpflichtet, sie haben ihre Interessen im Stadtentwicklungs-, Kultur- oder Sportbereich, um nur einige mögliche Arbeitsschwerpunkte zu nennen. Ihre Arbeit im Bereich der Migrationspolitik kann durch den Ausländerbeirat unterstützt und vorangetrieben werden.

Obwohl die Kompetenzen der Ausländerbeiräte durch die gesetzliche Verankerung gestiegen sind, hat das Ansehen in vielen Städten bei Politik und Verwaltung eher abgenommen. Grund hierfür ist neben der angeblich geringen Wahlbeteiligung vor allem auch die Bewertung als „Türkenbeirat“. Dazu muß man wissen, daß die Wahlbeteiligung in NRW bei rund 28% lag, in Hessen waren es zum Vergleich nur gut 15%. Aber die Gründe für diese Beteiligung sind vielfältig.

Fehlende Entscheidungskompetenzen als politischer Grund, fehlende Briefwahlmöglichkeit als technischer Grund sind nur zwei von vielen Erklärungen. Doch egal wie hoch die Beteiligung ist, die Ausländerbeiräte sind demokratisch legitimiert. Kein Mensch käme auf die Idee einem ASTA bei einer Wahlbeteiligung von 10% seine Existenzberechtigung abzusprechen.

Und wenn die Menschen aus der Türkei, die ohnehin mit Abstand die größte Migrantengruppe in NRW sind, auch noch überdurchschnittlich ihr Wahlrecht ausüben, oft lag die Beteiligung bei über 50%, so haben sie hierfür Anerkennung und Unterstützung verdient. Das dadurch natürlich auch Menschen türkischer Herkunft die weitest größte Zahl der Ausländerbeiratsmitglieder stellen, wäre eine gute Grundlage für deren Integration in die

deutsche Politik gewesen. Ein Zugehen der Ratspolitik und der Verwaltung auf diese Beiratsmitglieder hätte ihr Vertrauen in und ihre Verantwortung für diese Gesellschaft gestärkt.


Eine Chance wurde hier verspielt, ohne eine Alternative zu diesen gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Migrantinnen und Migranten zu haben.

Natürlich muß man auch einem Teil der Beiratsmitglieder einen Vorwurf machen. Im schlimmsten Fall haben sie von Beginn an kein Interesse und keine Kompetenz gezeigt. In den Beirat gewählt zu werden war ihre einzige Motivation. Ich hoffe, daß sich dieses Verhalten dieses Jahr nicht wiederholt. Andere Beiratsmitglieder, ja ganze Beiräte, haben, statt gegen die ablehnende oder auch nur abwartende Haltung der Ratspolitik und/oder Verwaltung anzukämpfen, resigniert und ihre Arbeit eingestellt.

Menschen, die sich für eine Arbeit im Ausländerbeirat interessieren, müssen wissen, daß sie weder bei den Migrantinnen und Migranten noch bei der Mehrheitsgesellschaft große Anerkennung erfahren, daß sie mit fehlenden Entscheidungskompetenzen und Ressentiments von Seiten der Politik und der Verwaltung rechnen müssen. Wer das einkalkuliert und trotzdem mit Motivation ehrenamtlich und kontinuierlich tätig sein will, kann auf Dauer Erfolge erzielen.

In fast jeder Stadt gibt es Beispiele für diesen langjährigen Einsatz. Ich bitte diese Freunde, auch zukünftig für diese Aufgabe zur Verfügung zu stehen. Wenn es in etwa gelingt, Junge und Alte, Männer und Frauen, „EU-Ausländer“ und Asylberechtigte, Aussiedler und „gebürtige Deutsche“, Migranten aus der Türkei und aus Afrika, um nur einen Teil zu nennen, für die Wahrnehmung ihrer Interessen im Ausländerbeirat zu gewinnen, ist mir um die Zukunft nicht bange. Ob dies in gemischten Listen oder in sogenannten „Nationalen Listen“ geschieht, ist sicher von Ort zu Ort unterschiedlich. Nur muß von Anfang an klar sein, daß die Wählerinnen und Wähler entscheiden, daß deren Votum wie bei jeder demokratischen Wahl akzeptiert und mit den Gewählten vorbehaltlos die Zusammenarbeit gesucht werden muß.

Tayfun Keltok



Daten zur Landeshauptstadt Düsseldorf

Fläche: 217 km²
 Bevölkerung: 570.000
 Ausländer: 93.000 / 16,3%

Herkunft der größten Gruppen:
 Türkei: 17.000
 Griechenland: 11.000
 Italien: 7.000
 Marokko: 6.000

Sitzverteilung im Rat:
 SPD: 37
 CDU: 35
 Bündnis 90/
 Die Grünen: 11

Chronik

1968:
 Gründung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Ausländische Arbeitnehmer durch die Kirchen und Wohlfahrtsverbände

1972:
 Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft wird der Stadtverwaltung zugeordnet, Bildung der Arbeitskreise Ausländische Frauen, Wohnungsfragen, Ausländische Kinder und Jugendliche

1972:
 Einrichtung der Ausländerkoordination im Sozialamt

1981:
 Gründung des Koordinierungskreises Ausländische Jugendgruppen

1989:
 Wahl zum 1. Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf,
 Wahlberechtigte: 40.000
 Wahlbeteiligung: 23,1%

1995:
 Wahl zum 2. Ausländerbeirat
 Wahlberechtigte: 65.069
 Wahlbeteiligung: 15,93 %
 Neugründung der Arbeitskreise Ältere Ausländer und Antidiskriminierung

1998
 Eröffnung der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates

Kontakt und Information:
 Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf
 Geschäftsstelle (4.Etage)
 Karlplatz 24
 40213 Düsseldorf
 Tel. 0211 / 899 35 27
 Tel. 0211 / 892 12 60
 Fax 0211 / 892 92 88

(voraussichtlich ab März 1999)
 Internet: www.duesseldorf.de
 e-mail: auslaenderbeirat@duesseldorf.de

Wir über uns

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf

Am 26. März 1995 wurde der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Düsseldorf durch die ausländischen Bürgerinnen und Bürger in freier, gleicher und geheimer Wahl für die Dauer von fünf Jahren gewählt. 65.029 Ausländerinnen und Ausländer waren wahlberechtigt; die Wahlbeteiligung betrug 15,93 %.

Die 29 ehrenamtlichen Mitglieder des Ausländerbeirates aus sieben Herkunftsländern vertreten die Interessen und Belange der in Düsseldorf lebenden 93.000 Ausländer auf kommunaler Ebene.

Im Jahr finden neun öffentliche Sitzungen des Ausländerbeirates im Rathaus statt. Darüber hinaus ist der Ausländerbeirat durch seine Mitglieder in vielen kommunalen Gremien, in allen Bezirksvertretungen, in fast allen Ratsausschüssen und durch den Vorsitzenden im Rat vertreten. Der Ausländerbeirat unterhält folgende fünf Arbeitskreise:

- Arbeitskreis Ausländische Frauen (Infotelefon 0211 / 899 35 24)
- Arbeitskreis Flüchtlinge (Infotelefon 0211 / 899 35 27)
- Arbeitskreis Ausländische Kinder und Jugendliche (Infotelefon 0211 / 899 64 76)
- Arbeitskreis Ältere Ausländerinnen und Ausländer (Infotelefon 0211 / 899 35 27)
- Arbeitskreis Antidiskriminierung (Infotelefon 0211 / 899 35 27)

In diesen Arbeitskreisen arbeiten neben Mitgliedern des Ausländerbeirates interessierte

Menschen aus Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden und Ausländervereinen sowie engagierte Einzelpersonen mit.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Ausländerbeirat und seine Arbeitskreise treten regelmäßig mit politischen und kulturellen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit (multikulturelle Bühnenprogramme, Podiumsdiskussionen, Lesungen u.a.m.) und beteiligen sich mit Infoständen an unterschiedlichen Aktionstagen und Messen.

Ferner sind im März die „Informationen zur Anmeldung in Kindertageseinrichtungen“ und im Mai die Broschüre „Wir in Düsseldorf“ erschienen (über die Geschäftsstelle zu beziehen!). Ergänzt wird die Öffentlichkeitsarbeit durch Pressemitteilungen und Interviews, die das Meinungsbild des Ausländerbeirats widerspiegeln.



Warum Beiratsmitglieder aus EU-Ländern?

Bei den Kommunalwahlen im Herbst 1999 dürfen EU-Bürger erstmals ihre Stimme in der deutschen Stadt oder Gemeinde abgeben, in der sie leben. Gehen also Italiener, Portugiesen, Spanier und Griechen den Ausländerbeiräten verloren – als Wähler, aber auch als Kandidaten?

Vier Ausländerbeiratsmitglieder aus NRW trafen sich auf Anregung der LAGA in Düsseldorf zu einer Diskussion, die von *Barbara A. Cepielik* moderiert wurde:

Anabela Barata (Portugiesin aus Hilden)
Oscar Calero (Spanier aus Köln)
Georg Georgiadis (Grieche aus Aachen)
Filippo Giletti (Italiener aus Wetter).

Wie sieht für Sie der ideale Ausländerbeirat aus?

Calero: Für mich ist der Ausländerbeirat ein Fachgremium, und es ist bislang das einzig demokratisch gewählte Gremium für Migranten. Die Vertretung ist bis jetzt noch nicht optimal. Die Wahlentscheidung fällt meist nach der Parteizugehörigkeit, nach der Nationalität oder nach der Religion der Kandidaten. Und es hängt viel davon ab, wie man seine Wähler mobilisiert. In Köln hat das zu Ungleichgewichten geführt: Da sind 24 von 29 Mitgliedern im Beirat Türken. Mein Ziel wäre es aber, einen Beirat zu haben, der Sachentscheidungen fällt – frei von nationalen Erwägungen. Alles andere würde uns im übrigen von der politischen Realität in Deutschland entfernen. Für den Ausländerbeirat wählt man – so sehe ich das - keine Partei, keine politische Idee, sondern in erster Linie fachliche Kompetenz. Leider ist das noch lange nicht immer der Fall.

Bekommt der Ausländerbeirat Konkurrenz, wenn EU-Bürger auch den Stadtrat wählen dürfen?

Calero: Nein. Ich stelle mir das so vor wie mit den Seniorenbeiräten. Ältere Deutsche wählen ja auch ihren Ratskandidaten und stimmen darüber hinaus für ihre Vertretung im Seniorenbeirat, der dann fachspezifische Themen vorberät, bevor sie im Rat beschlossen werden. So könnte auch der Ausländerbeirat funktionieren.

Giletti: Auch wenn wir zwei Pässe haben, auch wenn wir das kommunale

Wahlrecht bekommen - wir bleiben Ausländer, nicht vom Status her, aber aus Gründen, die in unserer Person, in unserer Geschichte liegen. Ich fühle mich als Italiener, und wir Ausländer führen einen gemeinsamen, täglichen Kampf gegen Vorurteile. Es wird noch ein langer Weg sein bis zur wirklichen Gleichberechtigung. Dazu brauchen wir Ausländerbeiräte.

Reichen die Beiräte in ihrer jetzigen Struktur, mit ihren jetzigen Möglichkeiten aus?

Giletti: Nein. Ich muß immer wieder Druck ausüben, um von den Ratsfraktionen gehört zu werden, manchmal werden wir immer noch wie Stiefkinder behandelt. Wir haben aber auch auf dem Papier noch zu wenige Rechte als Ausländerbeiräte. Es war ein langer Weg bis zur Einführung des Kommunalwahlrechts, ein langer Weg bis zur Akzeptanz der Migranten. Dabei gestalten wir hier schon lange das Leben mit. Ich werde beides tun – den Rat wählen und den Ausländerbeirat. Die täglichen Probleme der Zuwanderer werden nicht auf einen Schlag durch das Kommunalwahlrecht gelöst.

Georgiadis: Solange – wie bei uns in Aachen – fast keine Ausländer auf den Listen der Parteien stehen, solange gibt es keine Alternative zum Beirat. Dabei wollen die Parteien unsere Stimme ...

Barata: Ich werde sowohl für den Rat kandidieren als auch für den Ausländerbeirat. Ich will meine Sachkenntnis in den Beirat einbringen können und das Gremium nicht nur von außen, also vom Rat aus unterstützen. Daran, wie der Ausländerbeirat behandelt wird, wie er informiert wird – daran kann und muß man sicher noch etwas tun.

Wie funktioniert die Information der Beiräte, wie ist die Vernetzung mit den Ratsfraktionen?

Georgiadis: Ich kenne nach all den Jahren, die ich mich engagiere, natürlich alle Aachener Ratsmitglieder, und die informieren mich, die hören mir auch zu. Aber selbst wenn der eine oder andere auf meiner Seite ist und das Problem erkennt ... dann kommt der Fraktionszwang, und dann ist oft alles aus. Es sei denn, sie empfinden das Thema als wirklich wichtig.

Sollten Migranten versuchen, sich über deutsche Parteien für den Rat zu bewerben?

Calero: Ein Ausländer, den eine große Partei auf die Liste setzte, käme vermutlich sogar durch. Aber ich befürchte, der wäre dann ein Alibiausländer, alles würde sich auf ihn fokussieren, er wäre für alles zuständig, was mit Migranten zusammenhängt. Das kann und sollte so nicht unser Ziel sein.

Barata: Ich bin seit zehn Jahren Mitglied in der SPD, ich habe lange mitgearbeitet, und ich bin keine Alibifrau. Man muß die Kärnerarbeit in einer Partei mitgemacht haben, um die Strukturen zu kennen und zu verstehen. Man kann nur etwas verändern, wenn man die Regeln und die Leute in ihren Funktionen kennt. Als Mitglied der Fraktion bekomme ich von dort die meisten Informationen, die ich als Vorsitzende des Ausländerbeirates brauche. Aber es passiert auch schon mal, daß ich erst zwei Tage vor der Sitzung erfahre, daß ein ausländerrelevantes Thema ansteht.

Calero: Ich sitze für den Kölner Ausländerbeirat im Kulturausschuß und berichte regelmäßig über dessen Verlauf im Beirat. Aber der Beirat hat mich noch nie mit einer Bitte an den Kulturausschuß losgeschickt, der Kulturausschuß umgekehrt mich noch nie mit einer Frage in den Beirat. Es ist auch schon passiert,



Von oben links: Anabela Barata, Barbara A. Cepielik. Unten: Filippo

daß im Kulturausschuß ein Thema behandelt wurde, und die Verwaltung hatte schlicht vergessen, den Beirat einzuschalten. Das war in Köln so bei der Besetzung für eine Referentenstelle im Kulturamt, in der es um Ausländerkultur ging. Ich habe mich zwar privat darüber beklagt, aber alle drei Fraktionen hatten sich schon entschieden ... was hätte der Beirat noch bewirken können außer zeitlicher Verzögerung?



Giletti: Es kommt auch bei uns vor, daß kommunalpolitisch vieles an unserer Nase vorbeigeht. Vermutlich wäre es besser, wenn ich Ratsmitglied wäre, aber ich will nicht in einer Partei Mitglied werden, ich passe in keine Schublade.



Barata: Auch wenn ich persönlich einen anderen Weg gehe: Man muß nicht Parteimitglied sein, um etwas zu erreichen. Das ist wie in allen Bereichen der Kommunalpolitik: Ich muß permanent reden, Gespräche führen, ganz klein anfangen und einen nach dem anderen überzeugen, Mehrheiten suchen. Wir als Zuwanderer müssen für unsere Anliegen genau so Klinken putzen gehen wie beispielsweise der Stadtsportbund. Das ist natürlich manchmal zermürbend.



Giletti: Aber man muß natürlich auch sagen, es wird ja allmählich besser, früher fanden wir nicht mal Gehör bei den Dezernenten, und jetzt werden wir immerhin schon akzeptiert.

Georgiadis: Ja, das Akzeptanzproblem wird kleiner. Aber zu

den Beiratskandidaten und ihrer Durchsetzungskraft. Wir dürfen nicht vergessen, woher die potentiellen Kandidaten kommen. Viele Zuwanderer der ersten Generation waren Bauern und nicht politisch interessiert. Die haben vielleicht ein Anliegen, aber die haben sich nie mit den Regeln der Ratsarbeit befaßt, denen sind die Kompetenzfragen im Detail auch unbekannt. Das müssen sie erst langsam lernen. Da gibt es einen echten Nachholbedarf an Demokratiewissen, sozusagen. Was wir auch vermitteln müssen, ist, daß politische Arbeit mit Fleiß zu tun hat. In Aachen nutzen längst nicht alle Beiratsmitglieder alle Informationsmöglichkeiten – obwohl sie sich vorher wirklich um den Sitz im Beirat gerissen haben.

Calero: Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Klientel – diejenige mit sozialen Problemen – zu jener Gruppe der Migranten gehört, die sich am wenigsten artikulieren kann, die am schlechtesten Deutsch spricht, die am wenigsten gewohnt ist, sich zu organisieren oder sich öffentlich zu äußern. Es wäre mehr Power in den Ausländerbeiräten wünschenswert, auch mehr Intellektualität. – Aber viele Leute in Köln, zum Beispiel aus dem universitären Umfeld, die fühlen sich nicht als Ausländer und bringen sich auch nicht ein. Dabei ist der Ausländerbeirat das einzige Gremium, in dem wir Präsenz zeigen können, und diese Chance darf man eigentlich nicht verstreichen lassen, indem man nicht wählt.

Barata: Bei allen Schwächen: Ein Ausländerbeirat kann schon einiges bewirken: Diskussionen anregen, speziell für bestimmte Gruppe Informationsmaterial zusammenstellen ... Es muß ganz einfach auch weiterhin ein Gremium geben, das sich mit den Belangen der Migranten befaßt. Wir brauchen einfach ein kompetentes Sprachrohr. Ich habe in den vergangenen 5 Jahren beobachtet, wie der Ausländerbeirat sich zum Ansprechpartner in Hilden entwickelt hat. Wir werden inzwischen wie selbstverständlich eingeladen, wenn es um Zuwandererthemen geht. Die Presse berichtet über unsere Arbeit, das schafft ein Bewußtsein.

Georgiadis: Ja, aber wir müssen auch selbst eine Menge tun. Oft engagiert sich nur der Beiratsvorsitzende, und der Rest tut nur wenig. Wir sind noch zu leise. Aber selbst wenn es den Doppel-Paß gäbe: im täglichen Leben bleibt bis zur Integration noch eine Menge zu tun.

Calero: Und so lange diese Probleme existieren, diese Diskrepanz zwischen Paß und täglichem Leben klafft, so lange sind wir auf Ausländerbeiräte angewiesen.

Wie wollen Sie denn dafür werben, daß die Leute zur Kommunalwahl gehen und auch dem Ausländerbeirat ihre Stimme geben?

Calero: Ich werde sagen, daß 90 Prozent des Lebens – Ausbildung, Kindergarten, Wohnen – sich im kommunalen Bereich abspielen; daß deshalb also die Ratspolitik eine so große Rolle spielt.

Und außerdem werde ich erklären, wie wichtig es ist, daß wir mit unserer Wahl zeigen: Wir sind da. Das ist ein Signal für die Gesellschaft. Ausländerbeiräte sind als Fachgremien unverzichtbar, keine Frage.

Zum Schluß eine Prognose: Wie wird die Wahlbeteiligung?

Georgiadis: Ich glaube, sie wird ganz gut, zumindest bei uns Griechen. Denn die Griechen sind in den Gemeinden verankert und werden von dort entsprechend vorbereitet. Außerdem haben meines Wissens die Griechen viel eher als andere EU-Bürger schon Zugang zu den hiesigen Parteien gefunden....

Barata: Das stimmt ...

Georgiadis: Aber trotzdem wird es schwer, wir werden viel werben müssen, für beide Wahlen. Und dann ist immer noch die Frage: Wer bezahlt uns diese Werbung?

Calero: Wir haben in Köln beantragt, die Wahltermine für den Rat und den Ausländerbeirat zusammenzulegen. Das schafft ein Gefühl der Gleichberechtigung und erleichtert die Mobilisierung. Außerdem glaube ich, daß die deutschen Parteien uns Migranten heftig umwerben werden, wenn sie sich erst einmal klar gemacht haben, daß da 2.000, 5.000 oder vielleicht sogar 10.000 Stimmen zu holen sind, die den Wahlausgang entscheidend beeinflussen können.

Giletti: Ich befürchte, daß sich die EU-Bürger nicht so leicht mobilisieren lassen werden. Viele von denen sind politisch äußerst passiv, glaube ich. Und wenn für den Rat niemand kandidiert, den sie kennen ... dann lassen sie es bleiben. Beim Ausländerbeirat ist das ganz anders, und das ist ein großes Plus: Wir sind schon bekannt.

Oben: Oscar Calero. Mitte: Barata, Unten: Oscar Calero. Mitte: Barata, Unten: Oscar Calero.

Nicht die doppelte Staatsangehörigkeit, sondern die Vorgehensweise der Unionsparteien gefährdet den inneren Frieden und die Integrationsentwicklung

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Die Verbesserung des Zusammenlebens der deutschen und der zugewanderten Bevölkerung sowie die Gestaltung der Weiterentwicklung der Integration sind für uns ständige Aufgaben. In diesem Zusammenhang beschäftigen wir uns seit Jahren mit der Einbürgerungspolitik und praxis, die sich als einziger Weg zur rechtlichen und politischen Gleichstellung herauskristallisiert hat.

Allein in NRW leben mehr als eine Million nichtdeutsche Zuwanderer, die nach dem geltenden Recht die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Unsere langjährigen Erfahrungen beweisen, daß die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit sich als das größte Hindernis auf diesem Weg erwiesen hat. Insofern begrüßen wir die Absicht der Bundesregierung hier Hürden abzubauen und die volle Hinwendung der Zuwanderer zum deutschen Staat und zur deutschen Gesellschaft weiter zu erleichtern. Gleichzeitig ist festzuhalten, daß durch die vermehrte Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten im Bereich der rechtlichen und politischen Gleichstellung der wichtigste Integrations-schritt erreicht und damit die Integration in anderen Feldern des gesellschaftlichen Lebens positiv beeinflusst wird. Es wäre jedoch ein Irrweg zu glauben, daß mit der vollzogenen Einbürgerung alle Aufgaben der Integration gelöst werden würden und damit andere Integrationsbemühungen abgeschlossen werden könnten.

Es ist für uns selbstverständlich, daß in diesem Meinungsfindungsprozeß, an dem sowohl die Mehrheitsgesellschaft als auch die Zuwanderungsbevölkerung beteiligt sein müssen, kontroverse Positionen diskutiert werden.

Die von den Unionsparteien organisierte Kampagne ist sowohl in der Sache als auch in der Form falsch, unsachlich und überzogen. Die Unterschriftenkampagne wird zu keinem Zeitpunkt eine notwendige sachliche und differenzierte Diskussion fördern, sondern nur Nationalismus und Rechtsradikalismus stärken und Emotionen schüren.

Die Unterschriftensammlung ist als Form der konstruktiven Auseinandersetzung falsch, weil dadurch nur Zustimmung oder Ablehnung zu einem vorgegebenen Text signalisiert werden kann.

Sie ist auch in der Sache falsch, weil die zur Begründung herangezogenen Behauptungen völlig an der Realität vorbeiziele. Die Staatsbürgerschaft bringt immer Rechte und Pflichten mit sich; hier wird aber der Eindruck erweckt, Mehrstaatigkeit sei lediglich mit neuen Rechten verbunden.

Die Einbürgerungspraxis mehrerer europäischer Länder (Großbritannien, Frankreich, Italien u.a.) sowie die über zwei Millionen Doppelstaatler in Deutschland zeigen, daß durch dem Staat keine Nachteile entstehen. In diesem Zusammenhang von privilegierten Bürgern zu reden ist deshalb mehr als abwegig.

Eine Einbürgerung unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit entspricht der persönlichen Lebenssituation und der Biographie vieler zugewandeter Menschen.

Außerdem: Die Mehrstaatigkeit nur unter Bezug auf vermeintliche Risiken zu diskutieren, erkennt die reale Entwicklung. So führt die zunehmende Bedeutung der EU-Staatsbürgerschaft für die EU-Bürger zur Wahrnehmung von Rechten in allen EU-Mitgliedsländern.

Die Argumentation der Unionsparteien ist in sich widersprüchlich.

Erstens: Sie selbst haben zur Regelung des Rechtsstatus von Aussiedlern aus Polen und der Tschechischen Republik die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft vorgeschlagen. Die meisten Aussiedler in Deutschland sind Doppelstaatler. Offensichtlich nehmen die Unionsparteien keinen Anstoß daran, für deutschstämmige Bürger die doppelte Staatsbürgerschaft zu fordern und zu fördern.

Zweitens: Die von den Unionsparteien geführte ehemalige Koalition hat im Jahre 1991 mit dem Ausländergesetz auch den nicht-deutschstämmigen Zuwanderinnen und Zuwanderern die Möglichkeit eröffnet, unter Hinnahme der Mehrstaatlichkeit deutsche Staatsbürger zu werden. In den letzten acht Jahren sind

Unterzeichner:

- ▶ Tayfun Keltok für die Landesarbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte NRW
- ▶ Ercüment Toker für den PARITÄTISCHEN NRW
- ▶ Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk NRW, Düsseldorf
- ▶ Prof. Dr. Faruk Sen, Zentrum für Türkeistudien, Essen
- ▶ Ciler Firtina für KOMKAR, Verband der Vereine aus Kurdistan
- ▶ Diakonisches Werk der Lippischen Landeskirche
- ▶ Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit, Duisburg
- ▶ Franz Legewie für Deutsch-Türkischer Verein Köln
- ▶ A. Charchira, Migrantenforum Deutschlands, Düsseldorf
- ▶ Verband binationaler Familien und Partnerschaften – iaf, Landesgeschäftsstelle NRW, Bonn
- ▶ Reinhard Hocker, Unterstützerkreis für von Abschiebung bedrohte Kinder und Jugendliche, Köln
- ▶ Bundesverband spanischer sozialer und kultureller Vereine, Landesgeschäftsstelle NRW, Remscheid
- ▶ Prof. Dr. Ursula Booss-Nünning, Universität-GH Essen
- ▶ Prof. Dr. Georg Auernheimer, Universität zu Köln
- ▶ Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld
- ▶ Prof. Dr. Dankwart Danckwerts, Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg
- ▶ Prof. Dr. Rainer Geißler, Universität-Gesamthochschule Siegen
- ▶ Prof. Dr. Michael Krummacher, Ev. Fachhochschule RWL-Bochum
- ▶ Prof. Dr. Dietrich Thränhardt, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
- ▶ Prof. Dr. Heribert Schatz, Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg
- ▶ Dr. Wolf-Dieter, Just Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr
- ▶ Prof. Dr. Siegfried Jäger, Gerhard-Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg
- ▶ Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow für die Forschungsstelle für Interkulturelle Kommunikation der Universität zu Köln

circa ein Drittel der Einbürgerungen von nichtdeutschen Zuwanderinnen und Zuwanderern unter Hinnahme der Doppelstaatlichkeit erfolgt. Mit anderen Worten, die Doppelstaatlichkeit in diesem Umfang wurde von Unionsparteien in das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht eingebaut. Der Entwurf der neuen Bundesregierung sieht lediglich vor, unter Erfüllung mehrerer Voraussetzungen, auf die Bedingung des Austritts aus der bisherigen Staatsangehörigkeit verzichten zu wollen.

Diese Beispiele zeigen, daß eine breite, differenzierte und sachliche Diskussion zur anstehenden Reform des Staatsangehörigkeitsrechts für die Weiterentwicklung des Integrationsprozesses sinnvoll und erforderlich ist.

Alle, die sich für mehr Demokratie, Integration und Modernität in Deutschland einsetzen sind aufgerufen, diese Kampagne zu isolieren, zur Versachlichung der Diskussion beizutragen und weitere Polarisierung zu vermeiden.

Aus der LAGA NRW

Mitgliederversammlung am 12. Dezember 1998 in Köln

Nach den Mitgliederversammlungen der LAGA in Oberhausen ('96) und Viersen ('97) fand die dritte Mitgliederversammlung der LAGA am 12. Dezember 1998 in Köln statt.

Der Oberbürgermeister der Stadt Köln Norbert Burger betonte in seinem Grußwort an die Delegierten die enge Verbundenheit zwischen der Stadt Köln und der LAGA NRW.

Anschließend überbrachten die Landtagsabgeordneten Frank Baranowski (SPD) und Jamal Karsli (Bündnis 90/Die Grünen) die Grüße ihrer Fraktionen. Eine schriftliche Grußbotschaft des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Helmut Linsen wurde verlesen.

Für die Landesregierung skizzierte Staatssekretär Wolfgang Riote die Möglichkeiten des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Förderung der beruflichen Zukunft junger Menschen mit Migrationshintergrund. Er machte hierbei auf die verschiedenen Programme des Landes NRW aufmerksam und betonte die Wichtigkeit einer guten beruflichen Absicherung für die Integration der jungen Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung werde daher auch in Zukunft diese Politik der Förderung der Migrantinnen und Migranten fortsetzen und hoffe hierbei auch auf die Unterstützung der Ausländerbeiräte.

Im Rechenschaftsbericht des Vorstandes zeichnete der Vorsitzende Tayfun Keltok die in den vergangenen 12 Monaten geleistete Arbeit nach und bedankte sich auch bei den vielen Nicht-Vorstandsmitglieder, die diese Arbeit durch ihre aktive Mitarbeit begleitet haben.

Wichtige Arbeitsschwerpunkte des Vorstandes lagen 1998 in dem umfangreichen Seminar- und Fortbildungsangebot, dem Aufbau des Infodienstes „Migration“, der Erstellung der Studie über die Situation der Ausländerbeiräte sowie in vielen Stellungnahmen, Gesprächen und Veranstaltungen zu tagespolitischen Themen.

Bei den Nachwahlen zum Vorstand wurde Frank Staacke (Ausländerbeirat Hattingen) zum Schriftführer und Ersoy Sam (Ausländerbeirat Herten) als Beisitzer gewählt.

Dem Antrag des Vorstandes, seine Amtszeit mit der Wahlzeit der Ausländerbeiräte bzw. dem Termin der Ausländerbeiratswahlen in Einklang zu bringen, stimmte die eindeutige Mehrheit der Delegierten zu und verlängerte die Amtszeit des derzeitigen Vorstandes um ein Jahr.

Zusätzlich votierten die Delegierten für Sachanträge zu den Themenbereichen:

- Verankerung des Kindeswohls im Ausländerrecht,
- Forderung nach Einführung eines ordentlichen Unterrichtsfaches islamische Religionskunde und
- gesetzliche Verankerung der LAGA NRW.

Die LAGA fordert, daß bei Entscheidungen über den Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen mit fremden Paß deren Wohl vorrangig berücksichtigt und unzumutbare Härten vermieden werden. So läßt z.B. das Ausländergesetz, bis auf wenige Ausnahmen, Kindernachzug nur zu beiden in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Eltern zu. In bestimmten Notlagen muß aber der Kindernachzug auch zu anderen Verwandten (Schwester, Tante, Großeltern usw.) ermöglicht werden. Insgesamt umfaßt der einstimmig verabschiedete Antrag zur Veran-

kerung des Kindeswohls im Ausländerrecht elf Forderungen an den Gesetzgeber im Bund.

Der Antrag zur Einführung eines ordentlichen Unterrichtsfaches islamische Religionskunde wurde ebenfalls einstimmig von den Delegierten verabschiedet. In diesem Antrag wird auf die im Grundgesetz garantierte freie Religionsausübung aller Bürgerinnen und Bürger verwiesen und auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, daß auch das Fach Islamische Religionskunde an den öffentlichen Schulen einzurichten sei. So könne mit diesem Fach durch detailliertes und wissenschaftlich begründetes religiöses Wissen der drohende Verlust der islamischen Traditionen unter den islamischen Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland verhindert werden.

Die Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung der LAGA NRW als Interessenvertretungsorgan der Migrantinnen und Migranten in NRW soll Unterrichts-, Anhörungs- und Initiativrechte rechtlich absichern und verbindlich machen. Sie wäre ständiger Ansprechpartner für Landtag und Landesregierung, die Beratung würde hierbei alle Formen des Informationsaustauschs, wie z.B. die Abgabe von Stellungnahmen bei förmlichen Anhörungen oder die Mitarbeit in einer ministeriellen Arbeitsgruppe umfassen. Zusätzlich könnte die LAGA auf Fälle struktureller, institutioneller oder individueller Diskriminierung hinweisen und Vorschläge zu deren Behebung unterbreiten sowie Einzelfälle von besonderer Bedeutung an die Landesregierung herantragen.

Der genaue Wortlaut des Rechenschaftsberichtes, des oben erwähnten Referats und der Grußworte können zusammen mit dem Protokoll der Sitzung und den behandelten Anträgen bei der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft kostenlos bestellt werden.

Seniorenwegweiser für Migrantinnen und Migranten



Der neue Seniorenwegweiser für Migrantinnen und Migranten ist das Ergebnis einer erfolgreichen Kooperation zwischen Stadt und Ausländerbeirat Essen, LAGA NRW, Zentrum für Türkeistudien und Arbeiterwohlfahrt Essen. Praktische Erfahrungen haben gezeigt, daß viele deutsche Senioren im Umgang mit Behörden, Institutionen und Formularen, mit denen sie im Alter konfrontiert werden, hoffnungslos überfordert sind. Dies gilt ganz besonders für ältere Migrantinnen und Migranten.

Wie soll der Wegweiser verwendet werden?

Der Seniorenwegweiser kann in ganz NRW eingesetzt werden. Bis auf den Essener Adressenteil sind in allen Kapiteln allgemeingültige, zielgruppenorientierte Aussagen für den „Endverbraucher“ wie auch für Multiplikatoren in der Beratungsarbeit enthalten.

Auch in Ihrer Stadt könnte ein solcher Wegweiser gedruckt werden; für diesen Fall können Sie bei der Stadt Essen für DM 15,- eine CD-ROM mit allen Texten erhalten.

Veröffentlichungen

Rassismus und Antirassismus im europäischen Vergleich

Das Landeszentrum für Zuwanderung hat zum Thema „Rassismus und Antirassismus im europäischen Vergleich – Bestandsaufnahme und Bewältigungsstrategien“ am 28.5.1998 in Solingen aus Anlaß des 5. Jahrestages des Brandanschlags eine Tagung durchgeführt.

Die Vorträge von Experten aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland hat das Landeszentrum jetzt als Broschüre veröffentlicht.

Bestellung beim: Landeszentrum für Zuwanderung, Postfach 110426, 42664 Solingen.

Kölner Antidiskriminierungsbüro – Dokumentation 1997/98

Das Kölner Antidiskriminierungsbüro dokumentiert in einer Broschüre seine (Alltags-) Arbeit mit Berichten und Fallbeispielen. Darüber hinaus wird auf Strukturen und Hintergründe eingegangen, die als solche diskriminierend und benachteiligend sind oder die Ausgrenzung verursachen oder fördern. Aufgezeigt wird dies an der aktuellen Diskussion zur „Interkulturellen Öffnung“ der (öffentlichen) Dienste und Einrichtungen.

Bestellung bei: Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., Antwerpener Str. 19-29, 50672 Köln, FAX: 0221/9521126

Migrant/innen im Stadtteil Lokale Perspektiven gegen soziale Ausgrenzung und Benachteiligung

Für die Integration der rund zwei Millionen in Nordrhein-Westfalen lebenden Migrantinnen und Migranten bildet der Stadtteil eine wichtige Ausgangsbasis. Der Stadtteil und das Quartier als alltägliches Bezugssystem ist Begegnungsort unterschiedlicher Kulturen und Kristallisationspunkt, um soziale, ökonomische und kulturelle Eigenpotentiale entfalten zu können. Da sich die Integrationsvoraussetzungen aufgrund der angespannten Situation auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt verschlechtern, sich soziale sowie baulich-räumliche Probleme in bestimmten Stadtteilen konzentrieren, gewinnt die Frage nach lokalen Perspektiven an Bedeutung. Mit dieser Frage befaßte sich eine Fachtagung des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes NRW in Zusammenarbeit mit dem Planerladen e.V. in Dortmund. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Themenfelder Wohnen, Ausbildung und Beschäftigung, soziale und kulturelle Infrastruktur sowie Selbstorganisation und Partizipation.

on. Die Dokumentation (83 Seiten) stellt die Diskussionsergebnisse und aktuelle Praxisbeispiele vor.

Bestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- plus Porto beim:

PARITÄTISCHEN NRW,
Fachbereich Soziale Rehabilitation, Migration,
Friedhofstr. 39, 41236 Mönchengladbach,
FAX 02166/9239-19

Vom Religiösen zum Interreligiösen Lernen – Wie Angehörige verschiedener Konfessionen lernen

Interreligiöser Dialog und interreligiöses Lernen sind in der Religionspädagogik inzwischen zu wichtigen Leitbegriffen geworden. In vielen Schulen stammen die Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Konfessionen und Religionen. Wie reagieren die Lehrerinnen und Lehrer auf die neue Situation? Welche Fragen und Themen stehen im Mittelpunkt? Wie können sinnvolle Konzepte für ein interreligiöses Lernen gefunden werden? Prof. F. Rickerts und E. Gottwald, Universität Duisburg, geben in überarbeiteter Form die Referate wider, die anlässlich der „2. Duisburger Werkstatt interkulturelles und interreligiöses Lernen“ gehalten worden sind.

Das Buch ist im Neukirchener Verlag (Neukirchen-Vluyn) erschienen. ISBN 3-7887-1691-6

Tagungen

1. März 1999

Thema: 4. Fachtagung für Geschäftsführer/innen von Ausländerbeiräten

Ort: Düsseldorf

Beginn: 10.00 Uhr

Ohne Teilnehmerbeitrag

24. April 1999

Thema: LAGA – Fachtagung für Interessierte an der Ausländerbeiratsarbeit

Ort: Köln

Beginn: 10.00 Uhr

Ohne Teilnehmerbeitrag

5. Juni 1999

Thema: Fachtagung zur Förderung des Sports für Migrantinnen und Migranten

Ort: Herne

Beginn: 10.00 Uhr

Ohne Teilnehmerbeitrag

Anmeldungen an die LAGA - Geschäftsstelle!

Seminarverzeichnis 1/99 anfordern!

Gesonderte Flattblätter mit genaueren Informationen zu diesen Tagungen und Seminaren werden rechtzeitig an die Geschäftsstellen der Ausländerbeiräte verschickt bzw. liegen bereits den Geschäftsstellen vor.

Termine 1. Halbjahr 1999

Hauptausschußsitzungen:

20.2.1999, 14.00 Uhr
Essen

22.5.1999, 14.00 Uhr
Der Tagungsort wird rechtzeitig mitgeteilt

Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der Ausländerbeiräte
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: LAGA NRW@t-online.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

An der Redaktion dieser Ausgabe waren beteiligt:
Ercan Atay,
Ulrich Bechmann,
Tayfun Keltek,
Franz Paszek,
Ali Hakan Saribas,
Enver Sen.
Erkan Zorlu

V.i.s.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:
Forschungsgruppe FOKUS, Köln